

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dornbrats-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Weltgeschichte vor dem Schöffengericht Die Verleumdung des Reichspräsidenten.

Magdeburg, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Was sich im großen Schwurgerichtssaal im Magdeburger Landgericht abspielt, ist nichts anderes als der Versuch, weltgeschichtliche Ereignisse vor einem großen Schöffengericht Erinnerungsbild zu malen. Zwei beamtete Richter, ein Landgerichtsdirektor und ein Amtsgerichtsrat, sowie zwei bürgerliche Schöffen suchen über eine große Bewegung mit allen ihren Einzelheiten zu urteilen, die sie nie verstanden haben und nie versucht haben, zu erfassen und zu verstehen. Die Weltgeschichte im Gerichtssaal für Bagatellesachen zu erledigen, muß auf jeden Fall ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt bleiben. Soweit konkrete Tatsachen festgestellt werden können, werden sie doch immer nur einen Ausschnitt aus dem Geschehen geben und seine inneren Beziehungen nur unvollständig zum Ausdruck bringen. Das große Schöffengericht, das in dem Verleumdungsprozeß des Reichspräsidenten gegen irgendeinen Stahlhelmgeschmückten Redakteur eines provinziellen Heftblattes zu entscheiden hat, ist sich der Bedeutung der Aufgabe augenscheinlich noch gar nicht recht bewußt geworden. Der Vorsitzende gibt so oft durch seine Fragen und Zwischenbemerkungen zu verstehen, daß er die Dinge, die sich im Januar und Februar 1918 im Reich, und besonders in Berlin, abspielten, erledigen möchte nach dem System, wie man etwa die Angelegenheiten der Frau Weber und der Frau Meyer im Privatverleumdungsprozeß erledigt.

Heute nachmittag wird der Reichspräsident in seiner Wohnung jenen Zeugen gegenübergestellt, der plötzlich, nach Jahren, die Entdeckung gemacht hat, Ebert hätte im Treptower Park aufgefordert, die Gestaltungsbescheide nicht zu befolgen, weil der Generalkriegsminister den Krieg verkürze. Daß diese Verurteilung nicht gefolgt sein kann, liegt in der inneren Logik der Dinge. Denn aller Welt ist bekannt, daß die Sozialdemokratie, und besonders ihr Vorsitzender Ebert, von den Spartakisten und damaligen Unabhängigen aufs heftigste bekämpft wurden, weil sie die wilden Streikparolen nicht mitmachen wollten. Das mußte heute auch Emil Barth zugeben, der, als Zeuge ausgerufen, versuchte, eine große kulturgeschichtliche Rede zu halten über den Begriff Vaterland an sich und Vaterlandsverrat im besonderen. Als er daran verhindert wurde und aufgefordert wurde, nur konkrete Tatsachen über die Beteiligung der alten Sozialdemokratie und besonders des jetzigen Reichspräsidenten am Streik mitzutellen, mußte er bekennen, daß nach seiner Auffassung die Sozialdemokratie in die Streikleitung nur eintrat, um den Streik nicht weiter um sich greifen zu lassen, und daß sie grundsätzlich gegen eine Streikbewegung Stellung nahm.

In messerscharfer Klarheit brachte Wuschick die tatsächlichen Vorgänge in den Januar- und Februartagen zum Vortrag: wie die mehrheitssozialistischen Arbeiter in den Betrieben von den Spartakisten und den USP-Beuten überzogen und überrollt wurden, wie dann die Sozialdemokraten sich sammelten und zum Parteivorstand gingen, damit er mit eingreife, um die Streikwelle nicht in ein ganz falsches Bett fließen zu lassen, wie Ebert und andere Parteivorstandsmitglieder entrüstet ablehnten, und wie Ebert erklärte, „das mache ich auf keinen Fall mit; diejenigen, die sich die Suppe eingebracht haben, mögen sie auch aussöffeln“, und wie dann erst auf mehrfache Bitten der alten Parteigenossen Ebert und die Parteivorstandsmitglieder sich bereit erklärten, im Interesse einer schnellen Beendigung des Streiks in dessen Leitung einzutreten. Dabei stießen sie allerdings auf Schwierigkeiten, denn eine Versammlung der Vertrauensleute unter Richard Müllers Vorsitz hatte bereits zweimal die Zustimmung zur Aufnahme von sozialdemokratischen Abgeordneten in die Streikleitung abgelehnt, und erst auf Wuschicks energisches und entschlossenes Verlangen beschloß die Zusammenkunft einer Vertretung der alten Sozialdemokratie im Aktionsausschuß zuzustimmen.

Freilich sollte diese Vertretung so klein an Zahl gehalten werden, daß sie gegenüber den anderen Parteirichtungen einflußlos bleiben sollte. Erst später wurde zugestanden, daß die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter ebenso groß wie die der Unabhängigen Partei sein sollte. Alles, was Wuschick an diesen Dingen vortrug, war für jeden, der auch nur etwas von der Arbeiterbewegung weiß, vollkommen klar. Aber der Vorsitzende weiß nichts von der Arbeiterbewegung und die Vertretung des Stahlhelmangehörigen schleppt aus dem deutschnationalen Rüstzeug für die Wahlen sozial Zitate und Vermutungen zusammen, daß ein ganz klarer Tatbestand bald wieder einem Labyrinth gleicht. Wenn der Zeuge Barth sagt, „der Streik konnte in den Betrieben nicht mehr an Ausdehnung gewinnen, weil alle Betriebe stilllagen, als die Sozialdemokraten eintraten in die Streikleitung“, so fragt der Vorsitzende naiv: „Ja, was sollte der Parteivorstand dabei, wenn er doch keinen Einfluß auf die Arbeiter hatte?“ Und als ihm bedeutet wird, der Parteivorstand hätte einen moralischen Einfluß nicht nur auf die sozialdemokratischen Parteimitglieder, sondern auch auf die Indifferenten, die bald mit Anhängern mitlaufen, die mehr versprechen, aber auch ebenso leicht sich beeinflussen lassen durch vernünftige Darlegungen, da steht derselbe Vorsitzende fassungslos diesen Er-

kärungen gegenüber und gesteht, daß er von den Darlegungen in keiner Weise Klarheit gewonnen hat.

Es ist ein großes Durcheinander. Augenscheinlich hat sich die deutschnationale Partei der Sache angenommen, um von sich aus die Verteidiger mit Material in jeder Richtung zu versorgen und durch den Wust des Vorgetragenen die klare Linie zu verwischen. Für die nächsten Tage ist u. a. jener Emil Kloth als Zeuge geladen, der sich während des Krieges an Kriegsbegeisterung innerhalb der Sozialdemokratie nicht genug tun konnte, und der heute als deutschnationaler Redakteur und Bezirksverordneter in Berlin einer der großen Zeugen der Deutschnationalen geworden ist. Morgen vormittag wird zunächst der Genosse Scheidemann als Zeuge vernommen werden, von dem der Vorsitzende schon mitgeteilt hat, daß er einer sehr langen Vernehmung sich zu unterwerfen haben werde, da er einer der wichtigsten Zeugen ist. Wahrscheinlich wird deshalb der Donnerstag einer der wichtigsten Tage in diesem sich lang hinschleppenden Gerichtsverfahren sein.

(SS.) Magdeburg, 10. Dezember.

Zu Beginn der heutigen Sitzung waren als Zeugen Scheidemann, Bauer, der frühere Volksbeauftragte Emil Barth und Wuschick geladen. Die heutige Verhandlung wird nur kurz sein, weil das Gericht sich mittags nach Berlin begibt, um dem Reichspräsidenten den Zeugen Barth gegenüberzustellen.

Als erster Zeuge wurde dann Emil Barth, zuletzt Redakteur der „Republik“, vernommen und erklärte zum Januarstreik 1918 folgendes: „Zunächst muß doch festgestellt werden, ob die revolutionär-pazifistische Bewegung landesverräterisch gewesen ist. Aber diese Entscheidung kann nicht ein Gericht treffen, sondern nur ein Historiker. Da aber nun die Frage gestellt ist, ob die Herren Ebert und Scheidemann, die sich immer ergänzen, Landesverrat begangen haben, muß man fragen: Was ist Vaterland? Der Militär, der Landwirt, der Kapitalist haben hier verschiedene Auffassungen. Das Vaterland des Proletariats“

R. L. Heine: „Aber Herr Barth, Sie lassen doch nicht den Begriff Vaterland bestimmen, sondern über den Januarstreik ausreden, und das, was Herr Ebert getan.“

Zeuge: „Es ist eigenartig, daß der Vertreter des Nebenklägers mich unterbricht und nicht der Vorsitzende.“

Vors.: „Wissen Sie, wie die Herren von der Mehrheitssozialdemokratie in den Streik eintraten?“

Zeuge: Die Herren traten ein, nachdem die mehrheitssozialistischen Arbeiter mitmachten. Ich nehme an, daß die gut disziplinierten rechtssozialistischen Arbeiter ihre Instanzen drängten. Als die Herren in die Streikleitung eintraten, war bei ihrer antisozialistischen antipazifistischen Einstellung, bei ihrem Einsetzen für die Oberste Herabsetzung gar nicht ihre Aufgabe, den Streik vorwärtszutreiben. Sie gingen in den Streik, um zu verhindern, daß er größere Folgen habe, und um, wenn etwas passierte, sofort dabei zu sein. Wenn man heute untersuchen will, ob die Bewegung landesverräterisch war...“

Vors.: Sie sollen Zeugenaussagen machen, keine Gutachten abgeben. Waren Sie nicht in der Streikversammlung?

Zeuge: In der entscheidenden Versammlung, als der Streik abgebrochen wurde.

Vors.: Haben Sie mit Ebert und Scheidemann über den Streik gesprochen?

Zeuge: Nein.

Eine längere Auseinandersetzung entspann sich dann über die weitere Zeugenvernehmung. Die Staatsanwaltschaft bestand darauf, daß der Zeuge Dittmann den Verhandlungen beim Reichspräsidenten in Berlin als Kontrollzeuge beizuhelfen soll, da Ebert in sehr bestimmter Form Angaben über die Treptower Versammlung gemacht hat, die bezüglich der Zeitangabe nicht stimmen.

Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, den Abgeordneten Dittmann zu der heutigen Vernehmung des Reichspräsidenten hinzuzuziehen.

Dann wurde zu dem Munitionsarbeiterstreik im Jahre 1918 der Parteifreier Wolf Wuschick vernommen, der auslegte: „Seit 1918 merkte man in den Betrieben das Anwachsen der Spartakus-Bewegung, die es nötig machte, eine Organisation der SPD-Arbeiter zur Wehr zu schaffen. Diese Organisation, die auch den Zweck hatte, den Parteivorstand dauernd auf dem Laufenden zu halten, trat bei dem Lebensmittelstreik 1917 zum erstenmal in Erscheinung. Ich war feinerzeit bei der Firma Schworzkopf tätig, wo die SPD-Arbeiter etwa ein Drittel der Belegschaft ausmachten. Als nun die Januar-Bewegung losbrach, ging ich mit mehreren Funktionären zum Parteivorstand, wo wir zunächst nur den Sekretär Hermann Müller antraten. Müller riet uns, wir sollten in den Betrieben Resolutionen annehmen, in denen verlangt wurde, daß Mitglieder unseres Parteivorstandes in die Streikleitung eintraten sollten. Das schien uns jedoch nicht ratsam, denn es war ja vollkommen fraglich, ob bei dem Stande der Dinge wir überhaupt noch in die Lage kommen würden, eine Betriebsversammlung abzuhalten. Wir verhandelten deswegen sofort mit den Herren Ebert, Scheidemann, Müller und Braun. Wir erklärten den Herren, daß wir alles tun werden, um die Vertreter der Funktionäre zu veranlassen, die Mitglieder unseres Parteivorstandes in das Streikkomitee hineinzunehmen.“

Herr Ebert war anfangs sehr unwillig und erklärte: „Ich denke gar nicht daran, in diese Bewegung einzutreten!“

Wegen doch die Leute die Suppe aussöffeln, die sie sich selbst eingebracht haben.“ Auch Scheidemann und Braun wollten anfangs nicht, erst nach langen Erörterungen kam man zu der Ansicht, daß die Herren des Parteivorstandes aus Gründen der Landesverteidigung in die Streikleitung gehen mußten, vor allen Dingen schon deshalb,

um die ganze Bewegung in ruhige Bahnen zu leiten und abzufahren.
(Fortsetzung auf der zweiten Seite.)

Mussolinis Testament.

(Von unserem Korrespondenten.)

Rom, 8. Dezember.

In Deutschland ist am 7. Dezember die röstliche Bewegung zusammengebrochen, in Spanien ist Primo de Rivera am Ende mit seinem Latein, und im Heimatland des Faschismus, in Italien, ist Mussolinis Uhr bald abgelaufen. Der Duce ist sich darüber ganz im Klaren. Daher die Unsicherheit, die Angstlichkeit in der Miene, in den früher so schwingvollen Gesten, in der ganzen politischen Haltung des Diktators. Der Mann der Gewalt möchte die Brutalität seiner Faschisten zivilisieren; er mahnt seine Horden, Ruhe und Anstand zu bewahren. Sein Manifest an die Häuptlinge des Faschismus in den Provinzen fordert, daß auch für den Faschisten Ruhe die erste Bürgerpflicht sei. Kurz und gut, Herr Mussolini ist unter die Erzieher gegangen. Ein neuer Knigge, der über den Umgang faschistischer Unmenschen mit den Menschen philosophiert, der Diktator als Gouvernanten — ein deutliches Zeichen, daß es mit ihm zu Ende geht.

Man erinnert sich, daß kaum vier Wochen ins Land gegangen sind, seit Mussolini im Riesensaal des Augusteo in Rom seine stolze Rede hielt, in der er Spott und Hohn über die Gegner, über die Opposition ausgoß und ihr prophezeigte, daß sie bald auf dem Aventin, auf den sie sich symbolisch zum Zeichen der Nichtteilnahme an den Kammerverhandlungen zurückgezogen hatte, die weiße Fahne herausstrecken werde. Aber was ist inzwischen geschehen? Die weiße Fahne hat sich nicht gezeigt, aber die rote wagt sich schon wieder aller Gewalt zum Trotz hervor. Streiks hier und Streiks dort beweisen, daß der faschistische Syndikalismus ein lächerliches Phantom ist, daß die Arbeiterschaft sich, trotzdem die sozialistische Organisation vergewaltigt wird, auf ihr gutes Recht besinnt. Die Preise steigen, das Proletariat achtet unter der Leuerung, das Schiebertum und der „Affarismus“, die Geschäftsmacherei ist auch weiterhin ein Vorrecht der Mitglieder der faschistischen Partei. Vor allem aber sind Verbündete des Faschismus, die ihn als Pantendekung begleiteten, klar und deutlich von ihm abgerückt, einzelne prominente Mitglieder der Partei, und nicht die schwächsten, sind aus der Partei ausgetreten, das Gebäude wackelt, und die Fundamente. Ein kräftiger Windstoß, ein kleines Rütteln des Bodens kann das wurmfressige Gebäude des Faschismus zum Einstürzen bringen.

Es ist das eingetreten, was in Italien am gefährlichsten ist: die Günst der Straße hat sich gewendet. In anderen Ländern mag mehr die Theorie, mag mehr die Vernunft aber auch die Taktik ausschlaggebend sein, wenn sich die öffentliche Meinung in ihren Ansichten wendet, in Italien ist es mehr eine Laune des Volkes, die die öffentliche Meinung bestimmt. Man braucht sich nur der Ereignisse von 1914 zu erinnern, als bei Beginn des Krieges die Volksmassen offenkundig ihre Sympathie in Italien für den alten Verbündeten zeigten, und sich dann nur weiter zu erinnern, wie es einer geschickten Propaganda mit ein paar Greuelgeschichten und Schlagworten gelang, diese Sympathie in das Gegenteil zu verwandeln. An Greuelgeschichten hat es nun der Faschismus nicht fehlen lassen, und an Schlagworten mangelt es in Italien niemals. Aber die Günst der Straße, die den Faschismus als das sogenannte Prinzip der „Ordnung“ vor Jahr und Tag interessant und beliebt bei den bürgerlichen Schichten des Volkes machte, hat sich gewendet, weil der sichtbare Erfolg nach der Richtung von Ordnung und Besserung durch den Faschismus nicht zu spüren ist, und letzten Endes ganz einfach — weil die Italiener ohne Freiheit nicht leben kann. Er hat die Ordnung durch Gewalt und das Bevormunden durch streberische Provinzhäuptlinge und andere dumme Jungen gehörig satt. Libera Italia, das ist der Wille der Masse, das freie Italien, und an diesem Willen zur Freiheit scheitert der unfreie Faschismus.

Mussolini aber versucht das Verhängnis so lange wie möglich aufzuhalten. Er klebt an dem lieb gewonnenen Amte. Deshalb wendet er sich vom Wege der reinen Gewalt ab und hängt sich das Schaffell um. Seid artig, ruft er seinen Jünglingen zu, nachdem er unlangst in der Kammer auch für sich selbst ein ähnliches Versprechen abgelegt hatte. So erklärt er z. B. in seinem Manifest in anzuerkennender Offenheit und Klarheit, daß man sich nicht zu sehr über die augenblickliche Lage aufregen dürfe; der Faschismus habe immer seine Krisen überwunden. Man werde schon bald alles verlorene Terrain zurückerobert. Also verloren hat der Faschismus an Boden, das gibt jetzt Mussolini selbst zu. Was aber rief er vor vier Wochen in alle Welt? Er beschimpfte die Labour Party, verspottete Woodrow Wilson und schrie, daß der andere Sektor der antifaschistischen Front zusammengebrochen sei. Es scheint, daß inzwischen die faschistische Front selbst fast zusammengebrochen ist. Nun versucht Mussolini noch diese Front zusammenzukleistern, wo es geht. Er hat die Kriegervereine durch das unanständige Vorgehen der faschistischen Miliz beim Nationalfeiertag vom Faschismus abgedrängt. Nun besteht er seinen Leuten, die Beziehungen wieder freundschaftlich zu gestalten und jede Feindseligkeit zu unterlassen. Die faschistischen Frontkämpfer sollen jetzt wieder in die Kriegervereine einreten. Dadurch will Mussolini die Tatsache weismachen, daß von sozialistischer Seite eine ganze Menge Leute in die Kriegervereine eingetreten sind, nachdem die selbständigen sozialistischen Vereine unterdrückt worden sind. Natürlich wurde die Richtung dieser Kriegervereine infolgedessen nach und nach mehr nach links orientiert.

Aber nicht nur diese ehemaligen Soldaten sollen gewonnen werden, auch das Bürgertum an sich soll und muß berührt

werden. Deshalb verbietet Mussolini weiterhin die Bandenbildung, jene heitere und freundliche Lebensart faschistischer Jünglinge, sich zu Gruppen von zehn bis zwanzig Leuten zusammenzuschließen, sich irgendein Lastautomobil zu besorgen und in irgendeinem Landstädtchen die harmlosen, nicht faschistisch gesinnten Mitmenschen zu überfallen und zusammenzuschleppen. Diese Bandenwirtschaft soll jetzt aufhören, ebenso jede Gewalttat gegen friedsame Mitmenschen. Infolgedessen sollen auch die ewigen Umzüge und sonstigen Demonstrationen fortfallen. „Eine lange Pause wird gut tun,“ sagt Mussolini wörtlich, „die Wiederholungen ermüden.“ Es hat lange gedauert, bis er sich zu dieser Binsenweisheit durchgerungen hat.

Aber alle diese Ermahnungen zu einem einwandfreien und wohlgefälligen Lebenswandel, all diese Vorschriften für die Anwendung der zarten Rücksichtnahme auf den Nachbar verblaffen in ihrer ungewollten Komik hinter dem Hauptstoffweiser und Hauptkapitel im Bademeum für brave Faschisten, das den Titel „Völkerbundsrat und Anno Santo“ führt. Man muß diese Sätze wörtlich zitieren, sonst würde man nicht glauben finden, daß dieser selbe Mussolini mit der Helmschirm und der Napoleonpose eine solche Angst vor den vornehmen Herren aus England, Frankreich usw. hat. Sie lauten:

„Wir lenken die Aufmerksamkeit aller Faschisten ernstlich auf ein bevorstehendes Ereignis von größter internationaler Bedeutung hin. Am 8. Dezember wird sich in Rom der Völkerbundsrat versammeln. Es werden also in Rom bedeutende politische Männer der größten Länder Europas mit einem imponierenden Gefolge von Beamten und einige hundert Journalisten aus allen Teilen der Welt zusammenkommen. Es ist notwendig, daß während dieser zwei Wochen die Faschisten in keiner Weise, auch nicht in der geringsten, irgendeinen Grund für eine Störung der öffentlichen Ordnung geben. Das gleiche gilt in noch höherem Maße für das Anno Santo. Die internationale Pluta-Sozial-DEMAGOGIE — ein Mussolinischer privater Geistesblitz — hat einen heftigen Verteufelungsfeldzug gegen Italien begonnen. Die Faschisten müssen aufs genaueste jede Geste und jedes Wort vermeiden, die als Hilfe für diesen von vielen Vorkämpfern inspirierten Feldzug dienen könnten.“

Also lediglich wegen der politischen Geschäfte während der Völkerbundsversammlung und wegen der anderen rein materiellen Geschäfte während des Anno Santo sollen die Banden des Diktators Ruhe und Ordnung halten. Nicht etwa um der Mitmenschen willen, die noch ein sauberes, weißes und kein schwarzes Hemd tragen, sondern den Engländern und einigen Südbsee-Inselanern zuliebe, die einen guten Eindruck mit nach Hause nehmen sollen, und schließlich damit die Herren Hoteliers, die Herren Heiligenbildverkäufer und all die Geschäftsmacher, die im Heiligenjahr den Bilderstrom schröpfen und neppen wollen, die nötige Ruhe zu diesem Gott wohlgefälligen Werke haben. Darum allein empfiehlt Mussolini Ruhe und Ordnung. Er hätte besser getan, auf diese Empfehlungen zu verzichten und sein eigenes Testament zu schreiben; denn dazu ist es jetzt an der Zeit.

Der Magdeburger Prozeß.

Wir Funktionäre gingen dann in die Delegiertenversammlung, die von dem bekannnen Richard Müller geleitet wurde und wo Debour das Wort führte. Ein Antrag, die sozialdemokratischen Führer in die Streikleitung hineinzunehmen war bereits zweimal abgelehnt worden und man erklärte sich nach langen Verhandlungen bereit, zwei Herren unseres Parteivorstandes aufzunehmen. Wir ließen jedoch nicht locker und erreichten schließlich, daß uns drei Delegierte zugestanden wurden, da ja auch die U.S.P.D. drei Beauftragte in der Streikleitung hatte. Das haben wir aber nicht etwa von der Versammlung selbst erreicht, sondern erst von der Streikleitung, in der Haase, Debour und Dittmann saßen. Nach abermaligem stundenlangen Drängen gelang es dann, unseren Parteivorstand zu bewegen, nun auch Einfluß auf die Aktion zu nehmen, um sie möglichst bald zu beendigen. Debour hatte seine ganze Beredsamkeit aufgebieten, um den Eintritt der Reichssozialisten zu verhindern. Als ihm das nicht gelang, sagte er schließlich zu mir: „So, Herr Wulfschlag, jetzt haben Sie den Streik abgewirkt, denn das ist doch nur die Aufgabe, die Ihre Parteifreunde hier erfüllen sollen.“ Es ist dann anders gekommen

Die Gehaltszulage.

Von L. Doerre.

„Gehaltszulage.“ — Siegfried Stern drehte sich um, so schnell, als der Stuhl ein unwilliges Necken von sich gab.

„Herr,“ seine Stimme grollte, „wollen Sie Bißchen machen? Gehaltszulage, jetzt, na,“ die Worte verfolgten ihn und — das war zu viel. In zerknitterter Melancholie flog die Zeitung zur Erde.

„Keine Rede davon, gar keine Rede, versichern Sie,“ er sah mit vorwurfsvollen Blicken auf den Buchhalter, der es wagte, — in dieser Zeit.

„Ich weiß, was Ihnen fehlt. Allen in Deutschland fehlt es. Allen! Rührlos sind Sie gewerkschaftlich orientiert — im schlechten Sinne! Verlotter! seid Ihr alle!“

Er steckte sich eine Zigarre an und vertiefte sich in den Ausrufezeichen. Erst als die Tür monoton zuklappte, sah er auf, und jetzt merkte man es seinem Gesicht an, daß er sich mit einem großen Entschluß trug. Mit einer kurzen Bewegung hob er den Hörer, stellte die Verbindung her und schnarrte gewichtig: „Veranlassen Sie bitte, alle Angestellten morgen eine halbe Stunde vor Dienstbeginn in meinem Zimmer.“

Die Uhr schlug den bedeutungsvollsten Schlag in ihrem Dasein, den Schlag, der sie über alle Uhren ihrer Zeit erhob, den Schlag, der die Tat von Siegfried Stern einleitete!

Erwartungslos standen die Angestellten. Gehaltszulage? Dünn schwirrte die Hoffnung durch den Raum. So dünn, daß sie in sich selbst erlöschte. Ganz zuletzt drängte sich noch der Redakteur Bettler hinein, der nie die „richtige Bahn“ erwischt und an chronischer Zugverspätung litt.

„Meine Herren,“ Siegfried Stern sprach wie ein gütiger Vater zu seinen Kindern die ihm Schmerz bereitet hatten, er streichelte sie mit weichen Worten, wie ein Bruder die geliebte Schwester, und tadelte sie, als hätte nur die Gerechtigkeit Raum in ihm. Seine Worte klangen breit und wichtig durch den Raum, und doch konnten sie das Mißtrauen nicht zerstreuen. Jemand wartete das Breden.

„Das alles fehlt Ihnen, darum sind wir soweit gekommen. Darum. Alle, Sie auch, fühlen keine Verantwortung mehr für das Unternehmen, für den Unternehmer. Wir alle sind Angestellte — auch. Wir wollen die Solidarität der Arbeit ausdrücken, das Verhalten zwischen uns muß wieder da sein. Dann, meine Herren, regieren sich alle Gewerkschaften, alle überflüssigen Organisationen. Sie müssen verschwinden. Sie werden es. Und wenn Sie Rat brauchen, wenden Sie sich an mich, ich bin kein Unmensch.“ — Siegfried sah sich um.

Grinsend nicht der Buchhalter, der gestern bei ihm war. „Rat auch“, ja, der ist billig. Rat.

„Die Arbeit müssen wir wieder höher schätzen lernen, die Arbeit,

und der Mas des Oberkommandos hat die Verständigung mit den Streikenden sehr erschwert und die Erbitterung in der Arbeiterschaft nur verhärtet.

Vors.: War denn Ihr Parteivorstand mit den sieben Forderungen, die der „Vorwärts“ in seinem Artikel vom 28. Januar aufgestellt hatte, einverstanden?

Zeuge: Nein, Herr Ebert erklärte sogar ausdrücklich, daß einige dieser Forderungen, besonders die politischen, ganz verwerflich, die anderen aber anders formuliert werden müssen.

R.-A. Heine: Ist Ihnen bekannt, Herr Zeuge, daß das Verhältnis zwischen der „Vorwärts“-Redaktion und dem Parteivorstand stets ein gespanntes gewesen ist, daß die Redaktion immer erklärt hat, sie sei vollkommen selbständig in ihren Handlungen und Entscheidungen und lasse sich vom Parteivorstand keineswegs beeinflussen?

Zeuge: Das ist durchaus richtig. Die Redaktion gestand dem Parteivorstand grundsätzlich nicht das Recht zu, daß er in wichtigen Fragen seine Ansicht durchsetzen könne. Ich habe auch die Lieberzeugung, daß in der Frage des Munitionsarbeiterstreiks der Parteivorstand auf die Redaktion des „Vorwärts“ keinen Einfluß auszuüben vermocht hat.

Zeuge Dittmann: Ich kann bestätigen, daß Ebert, Scheidemann und Braun verlangten, daß die sieben Forderungen der Streikenden abgeändert würden. Es ist jedoch zu Beprehungen hierüber nicht gekommen, da das Aktionskomitee so nicht mehr zu ordentlichen Sitzungen zusammenzutreten vermochte.

R.-A. Heine: Man muß auch bedenken, daß ein Teil der Forderungen in diesem Streik, nämlich das Verlangen nach allgemeiner Amnestie, nach einer Besserung der Lebensmittellieferung usw., von beteiligten Kreisen, nicht nur von den Streikenden, vertreten wurden. Aber man wandte sich in Kreisen der Parteileitung energisch gegen das Mittel des Generalstreiks, um diese an sich berechtigten Forderungen durchzusetzen.

R.-A. Martin (zum Zeugen Wulfschlag): Ist Ihnen bekannt, daß Herr Scheidemann am 26. Februar im Hauptauschuß des Reichstages erklärt hat, die Parteileitung sei mit dem fraglichen „Vorwärts“-Artikel, der die sieben Forderungen am 29. Januar enthält, ausdrücklich einverstanden gewesen?

Zeuge: Das ist mir nicht bekannt, und es kann auch an meiner Ansicht durchaus nichts ändern.

R.-A. Heine: Es ist Ihnen wohl bekannt, Herr Wulfschlag, daß man seitens der Arbeiter den Parteivorstand darüber gefragt hat, wie man sich nun verhalten solle, als infolge des Streiks die Massenziehungen der bis dahin reklamierten begannen.

Zeuge: Gewiß. In einigen Betrieben wurden ja bereits die Arbeiter am dritten oder vierten Tage des Streiks durch die Militärkommandos eingezogen. Damals wurde besonders von Spartakus dafür Stimmung gemacht, daß man sich weigern sollte, Kriegsdienste zu tun. Ein Arbeiter hat Herrn Ebert ganz besonders die Frage vorgelegt, und Herr Ebert erklärte, er könne diesen Vorschlag der Radikalen keineswegs befürworten; so hat es auch jedem einzelnen ankomme, so müsse doch jeder dem Stellungsbefehl unbedingt Folge leisten.

R.-A. Bindewald: „Weshalb hat denn die Sozialdemokratische Partei nicht vor dem Streik gewarnt, wie es die Christlichen oder die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften getan haben?“

Zeuge Wulfschlag: „Wenn der Parteivorstand den Wunsch gehabt hätte, daß der Streik recht lange dauere — und mit größter Erbitterung geführt werden sollte, so hätte er den Arbeitern, die zum Teil gegen den Parteivorstand eingestellt waren, nur diesen Rat geben brauchen.“

Vorsitzender: „Dennoch müßte man also sagen, daß die Arbeiter das Gegenteil von dem getan haben, was der Vorstand ihnen riet?“

Zeuge: „Für einen Teil der Arbeiter traf das allerdings zu. Es kam jedoch vor allen Dingen darauf an, daß man den Leuten, die ob der ganzen Lage so verzweifelt waren, nur einen Schein des Erfolges zeigte, den ihre Bewegung ihnen errang. In München, in Köln und überall dort, wo die zuständigen Stellen der Arbeiterschaft entgegenkommen zeigten, endeten die Streiks außerordentlich schnell.“

R.-A. Heine: „Es war doch vor allem auch die Aufgabe des Parteivorstandes, zu verhindern, daß dieser so gefährliche Streik in die Hände der Unabhängigen und der Spartakisten abgibt und daß die Bewegung dann ins Uferlose wuchs.“

Vors.: Wenn ich recht verstehe, ist also die Haltung Ihres Parteivorstandes nicht nur auf ihre Mitglieder, sondern auf die sogenannten Indifferenten innerhalb der Arbeiterschaft abgestimmt gewesen.

Zeuge: Das ist ganz gewiß richtig. Besserheit war es doch auch das Bestreben des Parteivorstandes im Aktionskomitee,

durch vernünftige Verhandlungen den Abbruch des Streiks in angemessener Zeit zu erreichen.

Jeder Mensch, der die Psyche des Berliner Arbeiters kennt, weiß, daß die Arbeiter den Beschlüssen des Aktionskomitees sofort Folge geleistet hätten.

R.-A. Heine: In so bewegten Zeiten wie den damaligen geht es, meine Herren, namentlich, wenn es sich um Volksstimmungen handelt, nicht nach den Gründen der Logik zu.

R.-A. Bindewald: Ist es richtig, Herr Zeuge, daß durch den Eintritt der Sozialdemokratie die Zahl der Streikenden in Berlin von 60 000 auf 200 000 vergrößert worden ist?

Zeuge Wulfschlag: Das ist die größte Lüge, die man Ihnen gesagt hat. Der Streik konnte sich ja gar nicht mehr vergrößern, denn der Letzte war ja schon aus den Betrieben heraus.

R.-A. Bindewald: Dann muß ich Ihnen entgegenhalten, daß der Ihnen sehr bekannte Herr Cohen vom Metallarbeiterverband selbst erklärt hat, daß erst nach dem Eingreifen des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Zahl der Streikenden in der oben angegebenen Höhe angewachsen ist.

Zeuge: Diese Auffassung des Herrn Cohen ist mir bisher nicht bekannt gewesen. Sie ist auch nach meiner Ansicht nicht richtig.

R.-A. Martin: Dann will ich Ihnen noch einen unbedenklichen Zeugen zur Stützung dieser Tatsachen bringen. Vor mir liegt das Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei in Weimar und im Bericht des Parteivorstandes wird ausdrücklich festgestellt, daß erst durch Eingreifen der Parteileitung die Bewegung der Munitionsarbeiter zu einer riesenhaften politischen und wirtschaftlichen Aktion geworden ist.

R.-A. Heine: Man darf nicht vergessen, daß dieser Bericht des Parteitages erst anderthalb Jahre nach diesem Ereignis verfaßt worden ist.

Es wurde dann noch kurz der Berufsberater bei der Stadt Lichtenberg Adolf Richter, vernommen, der in den Tagen des Munitionsarbeiterstreiks als Vertrauensmann der Gewerkschaften an den Besprechungen mit der Parteileitung der SPD. teilgenommen hat, obwohl er selbst der U.S.P.D. angehört. Nach seiner Aussage hat Reichspräsident Ebert damals im Parteivorstand erklärt, daß

die Parteileitung der SPD. keineswegs die Verantwortung für diesen Streik mitgetragen werde, wenn politische Forderungen an die Stelle wirtschaftlicher Forderungen gesetzt werden sollten.

Vors.: Dann bleiben aber von den sieben Forderungen des „Vorwärts“ herzlich wenig übrig.

Zeuge: Es ist doch so gewesen, daß wir Arbeiter bei Beginn dieses ganz spontan ausbrechenden Streiks die Forderungen, die später gestellt wurden, überhaupt nicht kannten.

Vors.: Wenn Sie keine Forderungen kannten, weshalb sind Sie dann in den Streik getreten?

Zeuge: Das ist nicht so mit einem Wort zu erklären. Wir hatten die allgemeine Marschrouten, aus den Betrieben herauszugehen. Und nach wiederholten Beratungen haben wir das ja auch getan.

Vors.: Durch diese Behauptung widerlegen Sie aber die auch von anderen Zeugen gegebene Darstellung, daß der Streik ganz spontan ausgebrochen ist.

R.-A. Heine: Können Sie sich daran erinnern, Herr Zeuge, daß die Versammlung der Streikfunktionäre gegen einen Eintritt der Reichssozialisten stimmte, weil man von ihnen einen Berrat an der Streikfront fürchtete? Hat nicht besonders Debour bezüglich der Herren des Parteivorstandes der SPD. als von Streikabwägern gelobt?

Zeuge: Daran kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Hierauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag früh 9 1/2 Uhr verlagert. Das Gericht, bestehend aus dem Vorsitzenden, einem protokollierenden Richter, dem Generalsstaatsanwalt und der Verteidigung, begab sich dann mit dem Mittagszug nach Berlin, um nachmittags 5 Uhr in der Wohnung des Reichspräsidenten die nicht öffentliche Gegenüberstellung des Zeugen Eppich mit dem Reichspräsidenten vorzunehmen. Auf Beschluß des Gerichts nimmt an diesem Teil der Verhandlung auch der Abg. Dittmann teil.

Marschall Pilsudski über den Weltkrieg. In Warschau ist ein zweibändiges Werk des Marschalls Pilsudski über den Weltkrieg erschienen. Der erste Band behandelt die Schlacht an den Karaischen Seen, der zweite die Warschauer Schlacht.

die unsere Nation groß gemacht hat.“ Siegfried wurde ganz warm, — er war statuenhaft, mit allen Vorteilen. Jetzt sollten seine Getreuen sprechen, aber sie blühten gleichgültig vor sich hin. Wozu, der Alte hatte ja doch immer recht, wenn — es sein Vorteil war.

„Jeden Tag wollen wir hier eine halbe Stunde über Ihre Erziehung zur Arbeit sprechen, diese halbe Stunde wird uns weiter helfen. Jeden Tag — natürlich vor der Dienstzeit. Es soll uns eine Stunde der Andacht und Sammlung werden. Nur so können wir den Weg finden, der uns aus dem Durcheinander unserer Zeit führt.“

Jetzt erhob er seine Stimme prophatisch: „Arbeit und Einschränkung in der Lebenshaltung tut uns not, Einschränkung.“ Die Uhr gab seinem Redefluß das Halbesignal.

Alle gingen an die Arbeit. Sie schrieben bedürfnislos Text für die Zeitung von Siegfried Stern und konnten in das Hauptbuch, jeder an seinem Platz, um dann andächtig zu frühstücken. . . .

Siegfried kontrollierte das Gewinn- und Verlustkonto und stellte befriedigt fest, daß der Reingewinn bei verringerter Abonnentenzahl höher war, als vor dem Kriege und — die Ersparnis an Gehältern und Steuer rund 40 Proz. betrug, wofür keine Privatentnahmen etwas gewonnen waren. — Zwischen den Zahlenreihen wuchs ihm die frohe Bewußtheit, daß vorläufig wohl niemand mehr wegen würde, Gehaltszulage zu verlangen. Man muß es eben verstehen. Das Echo der befreienden Tat? — Alle schwiegen sich aus, man konnte nie wissen, ob nicht einer dem Alten es wieder sagte. Die Zeit war schwer.

Nur der kleine Lehrling konnte nicht still sein. Er liebte die Marke nicht auf den Brief an Cohn, sondern lies erst schnell zu seinem Vorgänger und stülperte ihm zu: „Der Alte hat ja recht. Wir alle Dage Andacht, und er Pastor. Und den Lampenschirm, den ich zerbrochen habe, zieht er mir doch ab, in Raten, sonst reicht mein Gehalt nicht.“

Laver Scharwenka. An den Folgen einer Blinddarmpoperation ist dieser Tage in Berlin im 75. Jahre seines an Arbeit und Erfolgen reichen Lebens Professor Laver Scharwenka verstorben, der mit seinem Bruder Philipp zusammen in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mitten im Kunstleben des zur musikalischen Weltstadt heranwachsenden Berlin gestanden hat. Während sich Philipp, der ältere der Brüder Scharwenka, vor allem als Komponist gediegener Kammermusik einen Namen machte, gewann bei Laver der ausübende Künstler über den schaffenden stark das Uebergewicht. Es war der glänzende Klaviervirtuose Laver Scharwenka, der sich die Herzen der Hörer gewann und der auch seinen pilantzen Klavierkompositionen der bestechendste Interpret war. So elegant und lebenswichtig wie die äußere Erscheinung des Künstlers, war auch sein temperamentsvolles, technisch geübtes Klavierspiel, das über dem sich ins Weltmännliche verstoffelnde Cousture nicht einen Augenblick die Solidität der inneren Ausarbeitung vermissen ließ. Dieser Vereinnahmung bestechender Lukenweite einer virtuellen Technik mit dem Ernst der Auffassung verdankte Laver Scharwenka den raschen Auf-

stieg auf einem fernendbeschleunigten Weg. Von der Schule weg gelangte der Klaviervirtuose unmittelbar auf die Höhe der Berühmtheit, auf der er sich jahrzehntelang behauptete. 1869 holte er sich in der Berliner Singakademie als Pianist seinen ersten großen Erfolg in einem Konzert, daß der Ausgangspunkt großer Konzerte wurde. 1881 eröffnete er in Berlin das Konservatorium, dem Schüler aus aller Herren Länder, namentlich aber aus Amerika, zuströmten. 1891 folgte Laver Scharwenka einem Ruf nach Amerika und stand dort bis 1898 an der Spitze eines nach ihm benannten Konservatoriums in New-York. Nach seiner Rückkehr nach Berlin trat er wieder in die von ihm gegründete Anstalt ein. Unvergessen bleiben die Verdienste, die sich der einflussreiche Musiker um die neudeutsche Richtung in der Musik erworben hat.

Das Adlon als Waisenhaus. Im Grün der Bismarckinsel Korfu, der Berle des Ionischen Meeres, schimmert der Marmorpalast des Exzellers Mihlitz, der nun 3000 heimatslosen Armeniens, Kindern als Zufluchtsort dient. Die „Near East“-Hilfskommission hat die ärmsten der Kinder in verschiedenen Zeitschriften auf dem unwirtlichen Boden der Türkei aufgefunden — ein herrliches Gut, das seit zehn Jahren sozulange einen Gradmesser praktischer Christenums bildl. einen Bräutigam reiferer Selbstverleugnung und dienender Liebe zugleich.

Nirgends, ja nirgends im Land der berückeligen Reichelein wäre jene Waisenlese schloßler Kindheit unterzubringen gewesen. Hier im Adlon wird sie nun betreut, beschützt, demutert und unterrichtet. In drohender in der letzten Zeit der mohammedanische Christenhof anschwell, desto größer wurde die Angst um die vielen Zehntausende der kleinen armenischen Erben des Schicksals.

Das Adlon Adlonien, früher des Eigentums Wäthlins II. und vor ihm der Kaiserin Elisabeth von Österreich, wurde nun als Heimstätte anerkannt. Andere Heimstätten haben die „Schiffbrüder“ in der Schweiz, in Elsch, in Frankreich, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, ja fast überall in Europa gefunden. Selbst das ferne Canada, sogar Australien wird bald Emigranten aufnehmen, für deren Unterhalt humanitäre Vereinigungen gebildet werden. Auch der Papst ließ 400 Waisen in Rom behrbergen. Schließlich erklärt sich Moskau bereit, zu helfen und stellt das ungeheure Rubargebiet verjagten Armeniern zur Verfügung.

Das arme armenische Volk ist beides: der Sündenbock der „großen Politik“ und das Sorgenkind aller barmherzigen Menschen. An ihm wird Peter Kosogars Wort wahr: „Der eine Teil der Menschheit hilft, was der andere vorzieht.“

In der Volksbühne findet die Aufführung von Ross Bauer's Radbildung der „Salustia“ des Kallisto unter Leitung von Paul Wendels am Sonnabend, den 13., statt. Uittrolo: Thea Grobstein.

Uittrolo Herr wird in seinem Vortragabend am 11. Dezember im Bühnenklub über seine Erfahrungen und Eindrücke während seiner letzten Amerikareise sprechen.

Sondervorstellung der Volksbühne. Die unerschöpfliche für November vorzubereite erste Notizen der Volksbühne mit der Aufführung von D. Reiss „Unter dem farbigen Mond“ und Bruch „Südwind“ findet ebenfalls am Sonntag, den 21. Dez., vormittags 11 1/2 Uhr, im Theater am Büchsenplatz statt.

Glückwünsche zum Wahlsieg.

Der Parteivorstand erhielt folgende Telegramme:

Praga, 10. Dezember. Herzlich gratulieren wir der deutschen Sozialdemokratie zum großen Wahlsieg gegen Reaktion und Kommunismus, der Befestigung des Friedens und der Demokratie in ganz Europa und neues Zeugnis fortdauernden Anmarsches des demokratischen Sozialismus bedeutet.

Für die ausländische Delegation der Russischen Sozialisten-Revolutionären Partei
Tschernoff Stalinsski.

Podebradz, 10. Dezember. Die ukrainische Sozialdemokratie bringt ihre Freude anlässlich eines herrlichen Sieges zum Ausdruck. Jeder Sieg des deutschen Proletariats im Kampfe um die Demokratie verhilft auch dem ukrainischen Proletariat die baldige Erlösung aus der gegenwärtigen schweren Lage.

Aufendelegation der ukrainischen Sozialdemokratie,
Bezpaiko Mazepa.

Die Rechnung der Deutschnationalen.

Sie schlagen auf.

Die Deutschnationalen setzen Regierungshandel gleich Pferdehandel. Nach diesem Rezept stellen sie für die Parteien, die sich für den Bürgerblock interessieren sollten, eine Rechnung zusammen, über die nach den Gebräuchen des Pferdehandels geeifelt werden kann. In der „Deutschen Zeitung“ präsentiert Freitag-Vorhinghoven folgende Rechnung:

„Die Parteien treten einander völlig unbelastet gegenüber, und an den Deutschnationalen wird es jetzt sein, ihr Gewicht mit aller Kraft geltend zu machen. Es kann nicht die Rede davon sein, daß sie sich nun mit dem abspitzen lassen, was man im Oktober ihnen bot. Noch weniger kommen die Pläne in Frage, die ein volksparteilicher Abgeordneter während des Wahlkampfes — selbstverständlich in einem Interview mit dem berühmten Jules Sauerwein — entwickelte. Danach sollen die Deutschnationalen zwei bis drei Ministerien erhalten, unter denen sich keinesfalls das des Auswärtigen befinden dürfte. Es ist heute noch zu früh, über Einzelheiten zu sprechen. Aber wenn man, wie das bisher immer geschehen ist, die zahlenmäßige Stärke der Parteien zugrunde legt und davon ausgeht, daß bei einer Koalition von 250 Köpfen, die 12 Ministerien zu belegen hat, auf rund 20 Fraktionsmitglieder ein Portefeuille entfällt, so ergibt sich, daß die Deutschnationalen Anspruch auf mindestens fünf Sitze haben. Dann blieben für das Zentrum 3, für die Volkspartei 2, für die Bayerische Volkspartei 1, und über das letzte Ministerium wäre eine Vereinbarung zu treffen. Dabei versteht es sich jedoch von selbst, daß die Deutschnationalen ihren Anteil gerade an den großen Ministerien, die wirklich Einfluß verleihen, zu fordern hätten, also Kanzler, Auswärtiges, Finanz, Reichswehr. Zwei dieser Ministerien ständen ihnen zum mindesten zu.“

Eine selbstverständliche Voraussetzung bei all dem ist, daß in Preußen die gleiche Koalition wie im Reich zustande kommt. Wenn man hier zunächst mit 450 Mandaten rechnet, hätte sie eine Stärke von 235 Stimmen, zu denen dann noch in wohlwollender Neutralität 11 Wirtschaftler, 6 Hannoveraner und 11 Nationalsozialisten hinzuzurechnen würden, während die Opposition nur über 187 Stimmen verfügen könnte. Von den acht Ministerien hätten die Deutschnationalen vier zu beanspruchen, zu denen das Präsidium und das Innere unbedingt gehören müßten.“

Die Deutschnationalen wünschen ein Kampfkabinet unter deutschnationaler Führung, das entgegen der klaren Entscheidung der Wahl stramm Bürgerblockkurs steuern soll. Wenn sich Interessenten für eine solche Politik finden, so werden sie bald genug erkennen, daß die Arbeit mehr fruchtbar ist, als alles, was eine solche Regierung unternehmen könnte.

Dem deutschen Volk die Peitsche!

Eine völkische Wahlbetrachtung.

Da die Deutschnationalen für ihren Bürgerblock auch sehr heftig um die Gunst der übriggeliebten „nationalistischen“ Gruppchen werben, verdienen auch die Wahlbetrachtungen dieser Geschlagenen einige Beachtung. Der „Völkische Kurier“ in München schließt die seine mit folgenden Sätzen:

Nicht durch Reumachen und immer wieder Reumachen, die uns niemals von der Herrschaft einer zur Führerschaft nicht berufenen Clique ohne Kraft, Instinkt und Tradition befreien werden, sondern nur dadurch, daß sich endlich eine junge urdeutsche Führergeneration, ausgestattet mit einem brutalen Willen zur Macht, durchsetzt und das erdarmungswürdige Gebilde der neudeutschen Republik in Scherben haut.

Dem diesem Volk kann nur eines noch helfen: Die Peitsche!

Dem eigenen Volk die Peitsche! Das ist wenigstens ein aufrichtiges Programm für eine Regierung des Bürgerblocks.

Das Volk klagt Marx an!

Deutschnationale Auslegung des Wahlausgangs.

Das Organ des Herrn Schlange-Schönungen, die deutschnationale „Pommersche Tagespost“ schreibt:

Die Unterlegenen der Wahlschlacht sind die Herren Reichsanzyger Wilhelm Marx, Reichspräsident Friedrich Ebert, und ich selbst und nicht zuletzt Herr Severing, der Diktator in Preußen. Was die Niederlage der Demokratie verschleierte, für nahe Gemüter sogar nach einem Augenblickserfolg aussehend: Die drei Größen Neudeutschlands haben eine schwere Niederlage erlitten! Das ist zweifellos, wenn man sich dessen erinnert, daß Herr Marx, und mehr noch Herr Ebert, alles daran setzten, um eine Erweiterung der Reichsregierung nach rechts zu veranlassen. Was, Herr Marx, was, Herr Ebert — haben Sie nun erreicht? Das deutsche Volk tritt als Ankläger auf gegen den Kanzler Marx! Es fragt ihn, warum hast du uns diesen Wahlkampf mit seinen verheerenden, schweren Schädigungen des gesamten Lebens der Nation aufgezogen, ohne Not?

Die Deutschnationalen zeigen auch darin eine Geistesverwandtschaft mit den Kommunisten, daß Tatsachen für sie nur zu dem Zweck da sind, um von ihnen auf den Kopf gestellt zu werden. Was würden Leute, die mit einer solchen krankhaften Scheu vor der Wirklichkeit behaftet sind, wohl alles fertig bringen, wenn sie in die Regierung kämen?

Die Kabinettsitzung.

Heute nachmittag fünf Uhr.

Das Reichskabinet tritt heute nachmittag um fünf Uhr beim Reichsanzyger zur Beratung zusammen. Trotz aller Gerüchte, die über die Absichten der an der Regierung beteiligten Parteien umlaufen, ist die Frage noch vollständig offen, ob die Regierung zurücktreten, oder ob sie einen anderen Weg einschlagen wird.

Die Automobilausstellung.

In den drei mächtigen Ausstellungshallen am Kaiserdamm herrscht zurzeit Hochbetrieb. Zu der Juntausstellung ist die alljährlich wiederkehrende Automobilausstellung gekommen. Sie wurde heute dem Publikum zugänglich gemacht und bietet eine Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit des Aufbaues, wie sie sich aus räumlichen Gründen bisher nicht miteinander vereinen ließen. Die gerade fertiggestellte Ausstellungshalle am Kaiserdamm in Berlin-Charlottenburg bot trotz ihrer riesigen Dimensionen nicht genügend Raum, um von der an Umfang gewachsenen deutschen Kraftfahrzeugindustrie eine möglichst lückenlose Schau zu veranstalten. Dieses Ziel wird jetzt verwirklicht durch Hinzunahme der vor einem halben Jahre im Bau begonnenen und heute fertig bestehenden Nachbarhalle am Kaiserdamm. Zum ersten Male wieder seit dem Kriege führt auch die österreichische Automobilindustrie ihre Fabrikate vor. Erleichtert wird dem Besucher die eingehende Befichtigung der Fahrzeuge, Maschinen, Einzelteile und des Zubehörs sowohl durch die übersichtliche Anordnung wie durch all die Vorkehrungen, die unter Verwertung der im In- und Auslande gemachten Erfahrungen getroffen worden sind.

In der älteren Halle am Kaiserdamm sind ausgestellt: Kraftwagen und Karosserien für Personenbeförderung (ausschließlich Omnibusse), auch kleine Lieferwagen; ferner Bestandteile und Ersatzteile, Fabrikate der Zubehör-Industrien für Bauartlicht- und Anlässe sowie Zündungsanlagen, Signalgebung, Messapparate, Ausrüstungsgegenstände, Kleidung usw. In der neuen Halle: Kraftwagen, Kraftfahrzeuge aller Art zur Lastenbeförderung, Omnibusse usw. zur Personenbeförderung, ferner Zubehör wie oben, außerdem Spezial-Werkzeugmaschinen und Spezial-Werkzeuge. Die Liste der Aussteller zeigt, daß Personenwagen von 70 Automobilfabriken und 30 Karosseriewerken, Kraftwagen von 80 und Lastwagen nebst Omnibussen von 35 Fabriken ausgestellt sind; die Spezialabteilung der Werkzeugmaschinen und Werkzeuge umfaßt circa 50 Firmen; Motorboote sind von 4 Werken angemeldet; das in beiden Hallen vertretene, so außerordentlich vielseitige Gebiet der Bestand-, Ersatz- und Zubehörtteile, nebst Ausrüstung usw. wird von ca. 450 Firmen besetzt.

Ein auffälliges Kennzeichen der diesjährigen deutschen Automobilausstellung besteht in der besonders großen Zahl der Fahrzeuge, bei deren Konstruktion und Ausgestaltung die Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebes wie der ersten Anschaffung ein entscheidendes Wort mitgesprochen hat. In großem Umfange tritt die Industrie der Motorräder auf den Plan und in der älteren Halle zeigt gleichermäßen die erheblich gesteigerte Zahl der Klein-Autos (sowohl mit Brennstoff-Motoren als elektrisch betriebene), wie der Normal-Autos mit niedrig gelagerter Motorstärke, daß die deutsche Kraftfahrzeug-Industrie bestrbt ist, die Lücken zu überbrücken, die bisher auf diesem Gebiet bestanden haben. Gerade die Erfahrung der Nachkriegsjahre mit ihren aus äußerer gesteigerten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hat gelehrt, welche Bedeutung dem Kraftfahrzeug in seinen verschiedensten Formen auf diesen Gebieten zukommt.

Die diesjährige Veranstaltung bedeutet ein Jubiläum für das Ausstellungswesen der deutschen Automobil-Industrie: Vor 25 Jahren, im September 1899, fand in Berlin die erste deutsche Automobil-Ausstellung statt, bei der auf ungefähr 2000 Quadratmeter Ausstellungsfläche die in- und ausländischen Aussteller ihre Erzeugnisse vorführten. Heute stehen in den beiden Hallen zusammen über 20.000 Quadratmeter zur Verfügung, die von den Ausstellern voll beansprucht werden. Aus einem Sport- und Luxusfahrzeug der Reichen ist das Automobil auch in Deutschland im Begriff, ein immer breiteres Kreislager erwerbendes Verkehrsmittel zu werden. Das scheint bei uns langsamer zu gehen als in anderen Ländern, denn nach dem wirklich billigen Wagen, wie er seit langem in Amerika läuft, sieht man noch immer vergebens. Das billigste Kleinauto (vierstellig, 420 PS) wird nicht unter 4000 M. angeboten. Ein Zweifelder (2/12 PS) der Hamann kostet 2800 Mark. Das sind Preise, die einer weiteren Verbreitung des Automobils in Deutschland noch sehr hindernd im Wege stehen.

Der mißverständene Zeugeneid.

Wie er ihn auffaßt!

Ein Mißverständnis über die Bedeutung seiner Eidesleistung hat dem 23jährigen Arbeiter Karl R. eine Anklage wegen wissentlichen Meineides zugezogen. Mit ihm hatte sich gestern wegen Anklage zum Meineide die Arbeiterin Wally R. vor den Geschworenen des Landgerichts III zu verurteilen. Die R. führte einen Zivilprozeß gegen einen Zeugen, den sie als Vater ihres unehelichen Kindes wegen der Unterhaltspflicht in Anspruch nahm.

Der Beklagte hatte sich auf intime Beziehungen des R. mit der Klägerin berufen. Vor dem Amtsgericht Bedding hatte R. geschworen, daß er niemals Verkehr mit der Klägerin gehabt habe. Diese Aussage war in einem gewissen Punkte falsch, denn er hatte sich einem Freunde gegenüber selbst nach dieser Richtung hin geäußert und das war dem Kläger zu Ohren gekommen. Der Angeklagte hatte sich allerdings, als er die Vorladung bekommen hatte, bei dem Vormund des Kindes Auskunft geholt, welche Bedeutung der Eid habe und war belehrt worden, daß nur die kritische Zeit bis zur Geburt des Kindes in Frage komme. Wie er behauptete, hätten seine Beziehungen zu dem Mädchen aber erst nach dem Zeitpunkt eingeleitet. Er habe daher, als er seine Aussage machte, nur hieran gedacht. Die R. wurde deshalb der Anklage bezichtigt, weil sie vor dem Termin mit dem Angeklagten über dessen Aussage gesprochen hatte. Staatsanwalt Conrad hielt einen wissentlichen Meineid für vorliegend und beantragte je ein Jahr Zuchthaus. Die Rechtsanwältin Dr. C. H. Treitel und Dr. Brün wandten sich sehr scharf gegen die Prokollatur der Zeugenaussage, die Frage hätte ganz anders gestellt werden müssen. Bei dem jugendlichen Angeklagten liege lediglich ein Mißverständnis über das, was er ausgesagt habe, vor, denn die späteren Vernehmungen hätten mit dem Zeugen nichts zu tun gehabt. Das Schwurgericht konnte auch nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß R. wissentlich eine falsche Aussage gemacht habe. Er habe aber unüberlegt und leichtsinnig geäußert und sich daher des fahrlässigen Falschweides schuldig gemacht. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von ein Monat Untersuchungshaft. Für die Reststrafe erhielt der Angeklagte dreijährige Bewährungsfrist und es wurde der Haftbefehl aufgehoben. Die Angeklagte R. wurde freigesprochen. R. nahm die Strafe sofort an, der Staatsanwalt jedoch bezieht sich die Revision beim Reichsgericht vor.

Um die Priorität der Flettner-Erfindung.

Am „Revaler Boten“ wurde kürzlich mitgeteilt, daß die Erfindung Flettners bereits im November vorigen Jahres durch den Revaler Hans von Schulmann verschiedenen Kreisen dargelegt worden sei. Mit Unterstützung des Estländischen See-Yacht-Klubs habe er seine Idee durch Herstellung eines patentierten Segels seiner Konstruktion zum ersten Male auf einem Fahrzeug des See-Yacht-Klubs praktisch durchgeführt. Die Probefahrt habe angefangen deutscher und schwedischer Kriegsschiffe, die damals als Gäste in Reval weilten, im Sommer stattgefunden. Ferner sollten die Gebrüder Scott in England ebenfalls vor Flettner eine ähnliche Art von Windausnutzung gefunden haben. Zu diesen Nachrichten teilt der Flettner-Kongress folgendes mit: Nachdem es sich nunmehr herausgestellt hat, daß die englische Erfindung der Gebrüder Scott mit der Erfindung des Flettner-Rotorsegels nichts zu tun hat, zeigt es sich, daß auch das „Schornstein-Boot“ des Herrn Hans von Schulmann auf einem ganz anderen Gebiet als der Flettner-

Rotor liegt. Wir haben mit Herrn von Schulmann selbst gesprochen und er hat uns erklärt, daß er auf dem Boot nicht etwa einen rotierenden Zylinder oder etwas Ähnliches, sondern lediglich ein dickes Profil, das mit Schrauben nach dem sogenannten Bachmann-Handel-Boje-System versehen war, angebracht hatte. Praktische Versuche mit rotierenden Zylindern hat Herr von Schulmann niemals ausgeführt.“

Der Weihnachtsbaum als Lichtkrone.

Die Berliner Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. feierte gestern das Lichtfest für ihren Häuserblock am Treptower Park. Es war eine eigenartige Weihnachtsfeier, die dort sich ging. An Stelle der gewöhnlichen Lichtkrone hatte man vor der Front des Hauses einen riesigen Weihnachtsbaum aufgestellt. Ein Mädchen überreichte nach einem Richtspruch einen Korb mit Glühlampen der Direktion und nun schraubte eine große Anzahl der geladenen Glühbirnen unter denen sich Oberbürgermeister Böhm, Bürgermeister Genschke, Wermuth und Delegationsmitglieder des Fahrerpersonals befanden, mit einem mehr oder weniger gereimten Widmungspruch eine Kerze in die Lichthalter des Baumes. Es gewährte einen fast neuen Anblick, als der Baum im vollen Lichterglanz zum Dachstuhl emporgewunden wurde, um dort als weihnachtliche Lichtkrone von dem Zimmermeister in Empfang genommen zu werden. Ein Richtspruch hieß die Direktion und das Personal noch längere Zeit zusammen. Stadtrat Gen. Schünning konnte hierbei als Vorstehender des Aufsichtsrates in einer Ansprache feststellen, daß die Kritik der Presse nicht ohne guten Einfluß auf die günstige Entwicklung und die Ausgestaltung des Straßenbahnbetriebes geblieben ist. Der Häuserblock befindet sich unmittelbar am Karpienteich; er enthält etwa 100 Wohnungen von zwei bis drei Zimmern; mit einem Bod., Parterre und den üblichen Nebengebäuden. Die Wohnungen sind besonders für das auf Bahnhofs Treptow beschyftigte Personal bestimmt. Die gemeinnützige Heimstätten-Baugesellschaft der Berliner Straßenbahn beabsichtigt in nächster Zeit auch in anderen Kuppelbezirken Berlins solche Wohnungsbauten auszuführen, um dem Personal Gelegenheit zu geben, möglichst in der Nähe seiner Dienststelle wohnen zu können.

Doppeltstimmigkeit oder Unfall? In einem Hotel in der Brückenstraße wohnte seit einigen Tagen ein Paar unter dem Namen Kaufmann Josef und Frau. Gestern kamen die Leute nicht zum Vorchein. Man fand das Zimmer mit Ges amgefüllt. Die Gäste lagen bewegungslos in ihren Betten. Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg, und beide wurden nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Der Gashahn stand halb offen.

Veranstaltungen für Kinder finden täglich im Gemerkschaftshaus von 1/3 bis 1/5 Uhr in Verbindung mit der Weihnachtsmesse statt. (Kasperle-Theater, Schattenspiele, Märchenvorlesungen usw.) Die „Vorwärts“-Lese werden ... ihre Kinder dort hinzuschicken. Eintritt 15 Pfennig.

Mordprozeß Haarmann...

Hannover, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Dem heutigen 6. Verhandlungstag des Haarmann-Prozesses wurde von allen Prozeßbeteiligten mit besonderer Spannung entgegengeesehen, da sich unter den für heute geladenen Zeugen auch der in Haft befindliche Hugo Wittkowski befindet, gegen den Haarmann bekanntlich schwer belastendes Material vorgebracht hat. Inzwischen ist gegen Wittkowski von der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung wegen Wortes eingeleitet und am gestrigen Dienstag vom Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Schaper daher Haftbefehl gegen Wittkowski erlassen worden.

Haarmann selbst scheint sich auf die Gegenüberstellung mit Wittkowski sehr zu freuen; denn als er gestern in den Saal geführt wurde, strahlte er förmlich vor Heiterkeit und unterhielt sich auch bis zur Eröffnung der Verhandlung fortwährend sehr vergnügt mit seinem Verteidiger und den neben ihm sitzenden Kriminalbeamten. — Als erste Zeugin durch zunächst Frau Engel vernommen, von der Haarmann in der roten Reihe 2 sein Bodenstimmchen abgemietet hatte. Borf.: Haben Sie gewußt, daß Haarmann junge Leute umbrachte? — Zeugin: Nein, ich habe nie etwas gemerkt. Ich kenne Haarmann im Frühjahr 1923 kennen. Ich wollte bei einem Schlächter Fleisch holen und bekam keines. Als ich nun nehmütig auf der Brücke stand und nicht wußte, was ich tun sollte, redete mich ein unbekannter Mann, und zwar Haarmann, an mit den Worten: „Na, hab' Ihr kein Fleisch? Sie können auch bei mir Fleisch bekommen. Kommen Sie nur mit.“ Ich ging dann mit in seine Wohnung in der Neuen Straße und dort gab er mir Fleisch, sagte auch, wenn ich wieder etwas brauchte, sollte ich nur einen Brief in den Briefkasten stecken, oder er käme selbst zu mir. — Borf.: Wie sah denn das Fleisch aus? — Zeugin: Ganz dunkelrot wie Pferdefleisch. Es war immer schieres Fleisch in Stücken bis anderthalb Pfund. Ich habe es jedenfalls für Pferdefleisch gehalten und es schmeckte auch so, sowohl in gebratenem wie in gekochtem Zustande. Von da ab hat mir dann Haarmann ständig Fleisch geliefert, meistens so alle acht bis vierzehn Tage. Ich zahlte 35 Pf. für das Pfund, während es beim Schlächter 50 bis 60 Pf. kostete. — Borf.: Haben Sie Haarmann nie gefragt, weshalb er so billiges Fleisch liefern könnte? — Zeugin: Ja, er sagte, er kenne einen Schlächter aus der Markthalle, der ihm das so nebenbei liefere. Im Januar 1923 zog er dann zu mir, und zwar war er als ein Kaufmann gemeldet, sagte aber, er arbeite auch für die Kriminalpolizei. Bei Tisch und Stühle brachte er sich selbst mit. Im übrigen hat er sich mir gegenüber immer anständig betragen.

Borf.: Haben Sie nicht auch sonst noch etwas von ihm bekommen? Zeugin: Jawohl, Zeug. Er sagte, wenn ich gequere Kleider brauche, solle ich mich nur an ihn wenden, er hätte ein Gewerbe. Was ich alles von ihm gekauft habe, weiß ich nicht mehr. Er sagte immer, wir als seine Wirtheile bekämen die Kleider zum Einkaufspreis. Woher er die Kleider kaufte, weiß ich nicht. Jedenfalls war er damit billiger als andere. Er hat auch drei- bis viermal bei mir Sätze gekocht. Da setzte er einen Topf Wasser auf und brachte in einer Schale, die er mit einem Tuch abgedeckt hatte, Fleischwürfel, die wie Schweineschmalz ausliefen. Wenn das Fleisch dann gar war, drehte er es durch die Wurstmaschine. Borf.: Wie schmeckte denn die Sätze? Zeugin: Ah, ganz schön. (Heiterkeit.) Borf.: Hatte er nicht auch Wurst gemacht? Zeugin: Jawohl, einmal. Er hat Schweine- und Pferdefleisch gekocht und durch die Maschine getrieben. Dann hatte er auch Därme, aber keine gefüllten, sondern frische Därme und zwar, wie er sagte, Hammeldärme. Mein Mann und er haben dann die Wurst gemeinsam gekocht und wir haben sie dann in eigenen Haushalt verbroudet.

Gegen die Todesstrafe.

Nach einer Meldung aus Hull ist es dort zu Massenkundgebungen gekommen gegen die Hinrichtung eines Mörders Smith, der ein junges Mädchen ermordet hatte. In einer dieser Kundgebungen, in der ein Redner das Volk aufforderte, doch mehr an das Opfer, als an den Verbrecher zu denken, mußte die Polizei eingreifen, damit der Redner nicht gefangen wurde. Als Protestkundgebung wurde in der Stadt allgemein gestreikt. Es handelt sich um eine noch nie dagewesene Kundgebung. Der Mörder wurde aber trotzdem hingerichtet.

Bergmannstod. Bei einem Einsturz in einem Bergwerk bei Manxter wurden drei Bergleute getötet und fünf verwundet.

Neutraler auf hoher See. Ein Teil der Belagerung des Dampfers „Diebel Godohu“, der 228 Millionen Beletos an Bord führte, soll gewendet haben, so daß das Schiff genötigt war, Anker anzuwerfen, um den Huh der spanischen Behörden zu erbiten. Diese haben die Neutralität, die sich des Schiffes bemächtigen wollten, verhasst.

Gewerkschaftsbewegung

Die Selbständigkeit der Gewerkschaften.

In unserer gestrigen Abendausgabe nahmen wir von dem Wutausbruch der KPD-Zentrale gegen die Gewerkschaften Notiz, der darauf hinzuweisen ist, daß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Gewerkschaftspressen die Parole ausgaben, sozialdemokratisch zu wählen. Für jeden, der die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung kennt, ist es überflüssig, zu betonen, daß diese Haltung der Gewerkschaften selbstverständlich ist.

Wenn die KPD die Gewerkschaften in gleicher Weise unterstützt und gefördert hätte, wie es die SPD von jeher getan hat, dann hätten die Gewerkschaften höchstwahrscheinlich sich auf die Aufforderung beschränkt, proletarisch, sozialistisch zu wählen. Da jedoch die KPD die Gewerkschaften auf Schritt und Tritt begehrt und verächtelt, sie für ihre Parteizwecke erobert will, wie die russischen Gewerkschaften „erobert“ wurden, sind die Gewerkschaften gezwungen, die KPD als Gegner zu behandeln wie alle übrigen Gegner der Gewerkschaften, von denen keiner so niederträchtig gegen die Gewerkschaften vorgeht wie die KPD.

Den Unterschied in dem Verhalten der Sozialdemokratischen Partei und der KPD zu den Gewerkschaften drücken wir auf die Formel, daß die SPD die Selbständigkeit der Gewerkschaften anerkennt, die KPD jedoch bestrebt ist, die Gewerkschaften unter ihre Fuchtel zu bekommen. Diese Tatsache wird heute in der „Roten Fahne“ vollumfänglich bestätigt:

„Was heißt Selbständigkeit der Gewerkschaften? Wenn darunter verstanden werden soll Neutralität der Gewerkschaften, d. h. Unabhängigkeit von dem revolutionären politischen Kampf des Proletariats und Verbrüderung einer Auffassung, als ob die Gewerkschaften nur rein „wirtschaftliche“ Interessen zu verfolgen und mit Politik nichts zu tun hätten, so haben wir Kommunisten gerade diesen Standpunkt jederzeit bekämpft, weil er nicht nur unfruchtbar ist, sondern auch direkt zum Arbeiterverrat und in das Lager der Bourgeoisie führt. Soll aber Selbständigkeit heißen, daß die Gewerkschaften organisatorisch unabhängig sind und ihre Beschlüsse als Organisation vollkommen selbständig fassen und durchführen, dann ist diese Selbständigkeit notwendig und wurde von uns jederzeit vertreten und anerkannt, was nicht ausschließt, daß jede Partei das Recht haben muß, ihren Mitgliedern, soweit sie Gewerkschaftsmitglieder sind, bestimmte Anweisungen für ihr Wirken in den Gewerkschaften zu geben.“

„Selbständigkeit der Gewerkschaften“ — wie wir sie auffassen, sagt die KPD. Die Volksgewerkschaften sucht unter Mißachtung der gewerkschaftlichen Verfassung, der Beschlüsse, Einrichtungen und Arbeitsteilung in den Gewerkschaften, den Gewerkschaften bestimmter, auf die kommunistische Parteitagung zugeschnittene Forderungen aufzuzwingen, wie es erst jüngst von Gotha aus versucht wurde. Die KPD nimmt für sich das Recht in Anspruch, ihre Parteimitglieder als Gewerkschaftsmitglieder zu verpflichten, für Resolutionen einzutreten, die außerhalb der Gewerkschaften, in der KPD-Zentrale oder ihren Filialen abgefaßt wurden, ohne Rücksicht darauf, ob diese Resolutionen oder Parolen sich in gewerkschaftlichem Rahmen bewegen, mit den Satzungen der Gewerkschaften vereinbar sind oder nicht.

Erneut kündigt die KPD-Zentrale den schärfsten Kampf gegen den „verderblichen“ Einfluß der SPD in den Gewerkschaften an.

Bisher hat sich lediglich der Einfluß der KPD in den Gewerkschaften als verderblich erwiesen, zumal er von außen hineingetragen versucht wird, während der Einfluß der SPD nicht erst hineingetragen werden muß, sondern seit jeher in den freien Gewerkschaften vorherrscht, ohne Druck und Zwang von außen, ohne Gewalt und ohne Gewalt.

Da die KPD die Kugel als ausgesprochenes Kampfmittel benötigt, kann sie behaupten, sie habe die Gewerkschaften niemals bekämpft, sie habe niemals zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgefordert.

„Was sie bekämpft hat und stets bekämpfen wird, das ist der reformistische Geist, der reformistisch-sozialdemokratische Einfluß der Gewerkschaftsbureaucratie.“

Das ist ja gerade! Die Gewerkschaften bestimmen ihr Programm und ihre Taktik selber. Entweder sie sind sozialistisch-reformistisch oder sie sind es nicht — verzichten auf ihre Selbständigkeit und geben sich zum Spielball politischer Parteien her, als welche die KPD sie mißbrauchen will. Und wenn die Moskauer Desperados wiederholt drohen, sich mit verzehnfachter Energie auf die Gewerkschaften zu stürzen, so schreit das heute nicht mehr, nachdem die KPD ihr Reservoir von Niedertracht ziemlich erschöpft hat.

Die Gewerkschaften werden und müssen mit aller Energie ihre Selbständigkeit behaupten gegen jeden, der ihnen sie streitig macht, auch gegen die KPD.

Streik in der Chirurgiemechanik.

Da zurzeit kein Lohnabkommen in den chirurgischen Betrieben besteht, hatten die Arbeitnehmer des Medizinischen Warenhauses und der Firmen Wom Schneider und A. G. Hoffmann eine Erhöhung der Löhne und Alfordpreise um 25 Proz. gefordert. Die Unternehmer lehnten bei den Verhandlungen eine Lohnforderung ab und auch ein Spruch des angerufenen Schlichtungsausschusses kam zu keiner positiven Regelung. Den Parteien wurde lediglich empfohlen, den Versuch zu unternehmen, einen Tarif abzuschließen. Begründet wurde dieser Spruch damit, daß nicht die Arbeiter der einzelnen Betriebe, sondern der Metallarbeiterverband die Klage erhoben habe. Auf das Erlauchen des Metallarbeiterverbandes an die Unternehmer, in Verhandlungen einzutreten, erwiderte der Vorsitzende des Verbandes, daß die Unternehmer zwar zu Verhandlungen bereit seien, daß aber von irgendeiner Lohn-erhöhung keine Rede sein könne. Sie läßen deshalb auch nicht an, weshalb man überhaupt zu Verhandlungen zusammenkommen sollte. Die Arbeiter mußten das als eine Verhöhnung auffassen und beschlossen in den drei genannten Betrieben den Streik. Die Inhaber der Firmen haben bisher jede Verhandlung abgelehnt und die Arbeiter sowohl als den Metallarbeiterverband als den Unternehmerverband verwiesen. Da dieser jedoch die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit fordert, ist an eine Beilegung des Streiks vorderhand noch nicht zu denken. Die Branchenangehörigen werden um Solidarität erlucht.

Aus dem Fabrikarbeiterverband.

Der von dem Verbandsvorstandenden Breg gegebene Berichtsbericht streifte die wichtigsten Ereignisse in Politik und Wirtschaft, soweit ihr Einfluß auf die Arbeit der Gewerkschaften in Betracht kommt. Die Ursache der Erfolglosigkeit des durch die Regierungen ergriffenen verurteilten allgemeinen Preisabbaues kennzeichnete er durch den treffenden Satz: „Die Macht des Staates ist ausgeschaltet durch die Macht der Wirtschaft.“ Daran knüpfte er die dringende Mahnung an die Arbeiterklasse, das Beispiel der Unternehmer mehr als bisher zu beachten und ebenfalls Einfluß auf Staat und Wirtschaft zu gewinnen.

Der Verleumdungsbeitrag der Kommunistischen Partei gegen den Fabrikarbeiterverband veranlaßte den Verbandsvorstand, in mehreren Fällen gerichtlich gegen die Verleumder vorzugehen. Vor Gericht mußten sie die Unwahrheit ihrer Behauptungen zugestehen und wurden bestraft.

Der Verbandssekretär konnte von einer verhältnismäßig günstigen Entwicklung der Verbandsfinanzen berichten. Trotz der hohen Ausgaben für Streiks und Erwerbslosenunterstützung ermöglichte die im 3. Quartal gesteigerte Beitragsleistung die Bildung eines finanziellen Rückhalts, dessen Kern die aus der Inflation herübergeleiteten Sachwerte bilden.

Schmidt (Hauptort) behandelte in einem kurzen Referat die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit im Fabrikarbeiterverband, besonders die Bildung und Schulung der jugendlichen Mitglieder durch Unterrichtsarbeit, Ferienwanderungen u. a., und betonte besonders die Pflege des kameradschaftlichen Geistes zwischen Jugendlichen und Erwachsenen in Werkstätten, Fabrik und auf dem Arbeitsplatz. Folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:

„Der Beirat des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands behandelt in seiner 8. Sitzung am 19. November 1924 die Jugendfrage. Er fordert die Verbandsfunktionäre auf, dahin zu wirken, daß die in dem Verbandsstatut vorgesehene Verpflichtung der Jugend gegenüber erfüllt wird. Es ist darauf zu achten, daß ihnen der gesellschaftliche Schutz zuteil wird und in den Tarifverträgen Bergünstigungen für die Jugendlichen aufgenommen werden. Die jugendlichen Mitglieder des Verbandes müssen zu einem tüchtigen Nachwuchs herangebildet werden.“

Entsprechend einem Beschuß des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist bei jedem Ortsauschuß des ADGB ein Jugend-

Beirat zu bilden. Die Jugendstellenverwaltungen haben durch ihre Vertreter im Ortsauschuß dahin zu wirken, daß entsprechend den Musterleistungen die erforderlichen Einrichtungen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Unsere Funktionäre haben Sorge zu tragen, daß geeignete Kollegen sich der Jugendbewegung annehmen und sich in der Jugendfürsorge betätigen.“

In der Aussprache zeigte besonders Reimann-Berlin und Hertweg-Köln in Berichten aus ihren Verwaltungsstellen die traurigen Wirkungen der kommunistischen Agitation auf die Gewerkschaftsbewegung. Von den zum ersten Punkt der Tagesordnung gefaßten Beschlüssen sind außerdem besonders hervorzuheben: Die Beteiligung des Fabrikarbeiterverbandes an der geplanten Heimarbeitausstellung und die Betonung des Sonderbeitrages für den Achttundentag als Pflichtbeitrag.

Großmann, Sekretär für das Tarifwesen beim Hauptvorstand, legte dem Beirat allgemeine Richtlinien über die Stellung des Verbandes beim Abschluß von Tarifverträgen vor.

In der Begründung zog er die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen und Beobachtungen aus der Praxis heran. Besonders wandte er sich gegen die Einschränkung der Vertragsfreiheit durch Zwangsmediation. „Wir leben in dem kollektiven Arbeitsvertrag eine höher entwickelte Form des Arbeitsvertrages und streben seine Weiterbildung an. Wir sind gern bereit, Tarife abzuschließen, aber nicht unter allen Umständen. Ist der Inhalt der Verträge für unsere Organisation nicht tragfähig, so ziehen wir einen vertragslosen Zustand vor.“

In der Aussprache wurde stark betont, daß auch die Wirkung der Tarifverträge auf die Organisation einer gründlichen Prüfung unterzogen werden müsse. Die Bindung durch Reichs- und Bezirksstarke dürfe nicht die Ausnutzung einer günstigen wirtschaftlichen Konjunktur bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen hindern. Die vorgelegten Richtlinien wurden gegen 3 Stimmen angenommen.

Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage wurde beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung ab 1. April 1925 um 100 Proz. zu erhöhen, ferner die Streikunterstützung ab 1. Januar 1925 vom ersten Tage ab zu gewähren.

Weiter beschloß der Beirat, den nächsten Verbandstag in Leipzig vom 5. bis 11. Juli 1925 abzuhalten. Die auf der Beiratssitzung geführten Verhandlungen hinterließen bei jedem Teilnehmer die Überzeugung, daß der Fabrikarbeiterverband die Wirkungen der Inflationstriebe überwunden und daß die bereits vollzogene Festigung der Organisation eine sichere Gewähr für den weiteren Aufstieg bietet.

Aus der Partei.

Philipp Wiener, einer unserer ältesten aktiven Parteigenossen, ist zwei Tage nach der Reichstagswahl verstorben. Am 17. Januar 1849 in Nürnberg geboren, lebte er sich, schon als Jüngling, der sozialdemokratischen Bewegung an; er war intimer Freund und Mitarbeiter Grillenbergers beim Aufbau der ersten Arbeiterbewegung. Zum Gothaer Einigungskongreß von 1875 war er von jüdischen Parteigenossen delegiert worden. In den Jahren des Sozialen Kampfes gehörte er dem Reichstag für Marienberg in Sachsen und für Reuß a. L. an. Später betätigte er sich fort im Nürnberger Kronenkaßentafel und in allen Zweigen der Arbeiterbewegung. Noch am Abend vor dem letzten Wahltag hatte er in einer Versammlung für unsere Partei gewirkt. Von frühesten Jugend bis zum späten Alter war er ein unermüdlicher Kämpfer für die Arbeiterbewegung. Sein Andenken wird in der nordbayerischen und auch in der ganzen deutschen Arbeiterbewegung lebendig bleiben.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für die Arbeit sind Berlin 63 68, Lindenstr. 3. 1. Hof, 1. Temp. rechts, an richten.

- 14. Kreis Reutlin. Die Sammelstellen zur Weihnachtsfeier sind bis Sonntag den 18. Dezember, beim Genossen Wöhlert im Parteibureau abzurufen.
- 20. Kreis Arbeitermaler- und Arbeiterbuch-Kommission. Donnerstag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, Sitzung im Rinderbaum Weg, Hauptstr. 16. Jeder eine Karte mitbringen.
- 24. Abt. Der Jahrsband bei Dees findet in der Remise Str. 63 statt.

Jugendveranstaltungen.

Arbeitsgemeinschaft Wroham. Heute Abend wieder Sänke Nacht, 10

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Glaser; Kultur: Dr. John Schilowski; Soziales und Sonstiges: Fritz Kappeler; Anzeigen: Th. Glaser; (Einschick in Berlin: Berlin: Berolita-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Berolita-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf.
Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, davon Kenntnis zu geben daß am 8. Dezember d. J. nach kurzem, schwerem Leiden der Vorsitzende unseres Ausschusses Herr Stadtrat Hans Heenemann verstorben ist.
Lange Jahre war der Verstorbene Vorsitzender der Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf u. wurde nach Schließung dieser Kasse am 31. Dezember 1922 in der ersten Ausschusssitzung des Jahres 1923 einstimmig zum Vorsitzenden des Ausschusses unserer Kasse gewählt. Schon vor Errichtung der Ortskrankenkasse, seit Ende des Jahres 1909 bis Dezember 1912, gehörte der Verstorbene dem Vorstand unserer Kasse an.
Mit v. e. m. sozialen Verständnis und großer Sachkenntnis war er im Interesse der Kasse und ihrer Mitglieder tätig und setzte stets sein ganzes Können da für ein, wenn es galt Beschlüsse zu fassen, um Einrichtungen zum Wohle der Kranken zu schaffen.
Die Kasse verliert in dem Dahingegangenen einen stets hilfsbereiten Freund und Berater, und werden wir sein Andenken stets in hohen Ehren halten.
Bin-Wilmersdorf, 9. Dez. 1924.
Namens d. Ausschusses, Vorstandes und der Verwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berl.-Wilmersdorf: R. Engelhardt, 1. Vorsitzender.
Trauerfeier Freitag, 12. Dez. nachm 2 Uhr. In der Kirche Berlin-Wilmersdorf Wilhelmsau.

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, 5-ah matratz., an Private, Bequeme Bedingungen. Katalog 30A frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

In besonders mildaromatischer Qualität,
künstlerischer Aufmachung,
neuem Format,
5A OBERST 5A
die Weihnachtsgabe der
Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik A. G.
für den deutschen Raucher.

Auf Teilzahlung
Herrengarderoben, Bettwäsche
Gardinen, Tischdecken, Diwanddecken
An- u. Abzahlung zu kulanenien Bedingungen
S. Resner, Berlin N., Elsasser Str. 70.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsasser Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit.

Berliner Musik-Atio
Neukölln, Lehmannstr. 74/75
Pianos, Flügel
ersthändig, preiswert.
Römhildt,
Potsdamer Str. 126.

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegen. Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schnize
Monbijouplatz 12, Hofparade Hackescher Markt
Zahlungs erleichterung
Telephon: Alexander 4112